

Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-U Europawahlprogramm (Kapitel 1)

- 1 Ein Europa ohne Kohle, Atom und Fracking ist möglich. Wir wollen die Europäische Union zum
- 2 weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz machen.
- 3 Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bislang weitgehend brachliegen.
- 4 Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende Energie-Unabhängigkeit erreicht, können
- 5 Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs geschaffen werden. Das ist unser Ziel. Die
- 6 gute Nachricht: Alle Lösungen dafür stehen bereit, sie müssen nur angepackt werden!
- 7 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen wir bei
- 8 der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Mit Klimaschutz
- 9 schützen wir nicht nur (und noch nicht einmal in erster Linie) Arten und Natur. Wir schützen
- 10 unsere Lebensgrundlagen, aber auch die liberale Demokratie, ein Gemeinwesen, das in der
- 11 Lage
- 12 ist, wertebasierte Politik zu machen. Und wir schützen die ökonomische Basis, auf der wir
- 13 unsere Politik aufbauen. Eine Erderhitzung über 2 Grad wird unkontrollierbare Folgen auf
- 14 unser Zusammenleben und unsere Freiheit haben. Und sie trifft immer erst die Schwächsten.
- 15 Menschen werden ihr Zuhause verlassen müssen und sich als Klimaflüchtlinge auf den Weg
- 16 machen. Die weltweiten Migrationsbewegungen werden zunehmen. Die Weltbank, nicht gerade
- 17 bekannt für ökologische Sensibilität, rechnet mit 150 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2030.
- 18 In elf Jahren. Es wird zu Kriegen um Wasser, fruchtbare Böden oder sichere Stätten kommen.
- 19 Wir werden uns der Verantwortung so oder so nicht entziehen können. Doch die Zeit läuft uns
- 20 davon. Hitzerekorde, Dürren, Überschwemmungen und starke Stürme liefern fast täglich neue
- 21 Schreckensmeldungen. Der vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die
- 22 Klimakrise längst auch bei uns in Europa Realität ist.
- 23 Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht nur,
- 24 dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt, sondern
- 25 dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und
- 26 Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die
- 27 Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ob wir schmutzige Deals mit Diktatoren um Öl, Gas und
- 28 Kohle eingehen oder eine demokratische Energieinfrastruktur auf Basis der Erneuerbaren
- 29 aufbauen, macht einen Unterschied. Eine Handels- und Landwirtschaftspolitik, die unseren
- 30 Reichtum auf Kosten Dritter erwirtschaftet, oder stattdessen faire Partnerschaften, die
- 31 einen gedrosselten Ressourcenverbrauch bei uns bedeuten, machen einen Unterschied. Fischen
- 32 wir die Meere leer oder sorgen wir für halbwegs intakte Meeresökologie? Exportieren wir
- 33 unseren Müll ins Ausland oder verzichten wir auf Wegwerfplastik?
- 34 Viele Menschen sind weiter als die Politik: zum Beispiel Bürger*innen, die Bike- und
- 35 Carsharing nutzen, sich an Bürgerenergieprojekten beteiligen, auf ökologisch erzeugte
- 36 Lebensmittel setzen, die in Nachhaltigkeit und grüne Infrastruktur investieren. Aber auch

36 innovative Unternehmen, Ingenieur*innen und viele mehr haben sich auf den Weg gemacht. Mit
37 ihnen allen verbünden wir uns. Und packen an. Für ein Europa, das ohne Kohle- und Atomstrom
38 auskommt, eine Agrarpolitik betreibt, die auf ökologischen Kriterien basiert und Landwirten
39 eine Perspektive gibt, ein Europa, das mit einer Plastikabgabe plastikmüllfrei wird und
40 unsere Meere schützt.

41 Schadstoffbelastete Böden und Gewässer, weniger Summen und Brummen in der Luft. Das sind
42 Anzeichen für eine kranke Natur, die auf den Menschen zurückgeht. Und Anzeichen dafür, dass
43 wir Grenzen überschreiten. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen. In einem
44 gemeinsamen Europa können wir mit weniger Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat
Tieren

45 und Pflanzen wieder mehr Lebensraum geben. Mit einer Wasserrahmenrichtlinie, die wir
46 konkretisieren und konsequent umsetzen, verbessern wir die Qualität von Flüssen und Seen.
47 Und mit europäischen Korridoren für Biotop und mehr Wildnisflächen erhalten wir wichtige
48 Lebensgrundlagen. Wir wollen ein gemeinsames Europa, das seine Umwelt und Natur schützt.

49 Bei der sauberen Mobilität, bei den erneuerbaren Energien oder auch beim Divestment hinkt
50 Europa hinterher. Wir wollen grüne Anleihen europaweit stärken und eine Richtlinie für
51 ökologische Transparenz am Finanzmarkt schaffen. Für den Verkehr der Zukunft wollen wir eine
52 europäische Batteriezellenproduktion aufbauen. Damit sorgen wir für mehr klimafreundliche
53 Mobilität und halten zugleich die Wertschöpfung in Europa. Zudem knüpfen wir ein
54 europaweites Schienennetz und verlagern Güter von der Straße auf die Gleise. Mit einem CO₂-
55 Mindestpreis sorgen wir für wirksamen Klimaschutz. Und für mehr Erneuerbare und größere
56 Versorgungssicherheit schaffen wir einen gesamteuropäischen Stromverbund und ein
57 intelligentes Stromnetz. Das alles geht nur gemeinsam. In einem gemeinsamen Europa.

58 **1.1 Klimaschutz fördern, aus Kohle und Atom aussteigen**

59 Die Europäische Union ist reich an sauberen Energiequellen. Die Erneuerbaren haben weltweit
60 8,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon mehr als 1,1 Millionen in der EU und über
61 300.000 in Deutschland. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind
62 mittlerweile der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung. Es darf nicht
63 sein, dass Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung und der
64 Europäischen Union bei dieser rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. In China und den
65 USA wird pro Kopf mittlerweile deutlich mehr in Erneuerbare investiert als in der EU.

66 Wir wollen das ändern! Wir wollen ein zu 100 % erneuerbares und ein energieeffizientes
67 Europa als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das europäische
68 Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt,
69 ambitionierter und verbindlich werden. Bis 2030 müssen 45 % von Europas Energie, die wir
70 beim Strom, der Wärme und bei der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis 2050
71 müssen es 100 % sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise
72 einzudämmen und die globale Erhitzung deutlich unter 2 Grad zu halten. Die CO₂-Emissionen
73 müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 gesenkt werden. Bei der
74 Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % im Vergleich zum Jahr 1990, um ein
75 maximal technisch mögliches Niveau der Energieeffizienz für 2050 zu erreichen.

76 Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Dabei gibt es
77 längst Alternativen: Erneuerbare Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und

78 mittlerweile auch billiger. Das haben Länder wie Frankreich, die Niederlande oder Italien
79 längst verstanden und sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Global Alliance to
80 Power Past Coal) angeschlossen, die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030
81 ausspricht. Diesen Vorreitern muss sich die Europäische Union inklusive Deutschland
82 anschließen, statt an der klimaschädlichen Kohle festzuhalten.

83 Der Export von dreckigem deutschem Kohlestrom untergräbt in europäischen Nachbarländern
den

84 Ausbau der Erneuerbaren. Kohlekraft schadet nicht nur dem Klima, sondern setzt auch
85 hochgiftige Schadstoffe frei. Die hohen Folgekosten für die Verbrennung von Kohle in Europa
86 dürfen nicht weiter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, die die Kosten und Risiken dafür
87 trägt. Die Bundesregierung ist super darin, anzukündigen, wie ehrgeizig sie in 10, 15 oder
88 20 Jahren sein will. Und regelmäßig macht sie nichts in der Gegenwart. Damit muss Schluss
89 sein. Je energischer wir jetzt handeln, desto leichter werden die letzten Etappen. Wir
90 müssen jetzt beginnen, Kohlekraftwerke abzuschalten. Daran muss sich Politik messen lassen.
91 Wir brauchen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen
92 Kohleausstieg.

93 Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige Generationen
94 abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Der dringend notwendige Kohleausstieg darf
nicht
95 dazu führen, dass Kohle durch Atom ersetzt wird. Die Atombranche etwa in Frankreich setzt
96 auf eine Renaissance der französischen Atomkraft – mit Atomstrom-Exporten nach ganz Europa.

97 Die dort diskutierte Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist völlig
98 unverantwortlich, dass Atomkraftwerke, die für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren
99 konzipiert wurden, nun trotz zunehmender Stör- und Unfälle 60 Jahre am Netz hängen sollen.
100 Auch Belgien macht keine Anstalten, seine Schrottreaktoren vorzeitig stillzulegen. Risiko-
101 AKWs wie das französische Cattenom, das belgische Tihange oder das tschechische Temelín
102 gehören sofort abgeschaltet. Der Betrieb dieser Schrottmeiler birgt unbeherrschbare Risiken
103 für alle Europäer*innen. Darüber hinaus fordern wir ein neues Regelwerk auf europäischer
104 Ebene, das es Bürger*innen und Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die
105 Sicherheitsanforderungen für grenznahe Atomkraftwerke nehmen zu können. Die
Atomtransporte
106 in Europa müssen systematischer erfasst, transparenter gemacht und auf ein Minimum
107 beschränkt werden.

108 Nur durch milliardenschwere staatliche Beihilfen rechnet sich der Bau von Atomkraftwerken in
109 Europa überhaupt noch. Diese Subventionen sind möglich, weil immer noch auf Grundlage des
110 längst überholten Euratom-Vertrags entschieden wird. Alle Passagen dieses Vertrages, die
111 Investitionen, Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien im Bereich der Atomkraft
112 begünstigen und AKW-Projekten gegenüber anderen Energieträgern einen
wettbewerbsverzerrenden

113 Vorteil verschaffen, müssen gestrichen werden. Der AKW-Rückbau und die Entsorgung von
114 Atommüll sollen zur Kernaufgabe von Euratom werden. Zudem müssen die EU-weit geltenden
115 einheitlichen Sicherheitsstandards wesentlich strenger werden. Ebenso ist ein neues
116 einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen notwendig;
117 Subventionierungen durch die Hintertür müssen beendet werden. Bei den Entscheidungen zu

118 Euratom wollen wir in Zukunft ein klares demokratisches Mitspracherecht durch das
119 Europäische Parlament. Damit die Energiewende europaweit gelingt, braucht es eine
120 Erneuerbare-Energien-Union.

121 CO₂ einen Preis geben und den Menschen das Geld

122 CO₂ muss einen Preis bekommen. Dieser Preis besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei
123 Komponenten: Für alle Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen – das sind vor allem
124 Industrieanlagen sowie Kohle- und Gaskraftwerke –, sollte es einen Mindestpreis für CO₂
125 geben. Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft, die Zertifikate sind
126 weiterhin viel zu billig und verfehlen damit ihre Wirkung. Daher müssen sie verknüpft und
127 verteuert werden. Wir wollen, dass Deutschland zunächst mit einigen EU-Staaten die
128 Initiative ergreift und in einer regionalen Staatengruppe einen gemeinsamen CO₂-Mindestpreis
129 einführt; die Niederlande und Frankreich haben ihre Absicht dazu schon erklärt.
130 Perspektivisch wollen wir eine gesamteuropäische Lösung vorantreiben.

131 Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, wie Verkehr, Wärme
132 und Landwirtschaft, braucht es eine Anpassung der Steuersätze auf Heizöl und Erdgas. Die
133 fossilen Energieträger müssen für ihren jeweils spezifischen CO₂-Ausstoß den wahren Preis
134 zahlen.

135 Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker belasten als
136 reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung an die
137 Verbraucher*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als Pro-
138 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist, werden
139 wir in Deutschland vorangehen.

140 Beschäftigte beim Strukturwandel in Kohlerevieren unterstützen

141 Der Kohleausstieg wird auch dazu führen, dass Arbeitsplätze verloren gehen und neue in
142 Zukunftsbranchen entstehen. Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Betroffenen ernst und
143 lassen die Menschen nicht im Stich. Bei diesem Strukturwandel müssen wir die Beschäftigten
144 und die Regionen unterstützen, damit sie eine Perspektive haben. Im Europäischen Fonds für
145 regionale Entwicklung (EFRE) sollen „Kohleausstiegsregionen“ speziell gefördert werden. Neue
146 regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut und passgenaue Weiterbildung wird
147 angeboten. Wir werden dafür ein Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen in ganz
148 Europa verankern. Das hilft nicht nur den vom Strukturwandel Betroffenen, sondern ist auch
149 ein Mittel gegen Fachkräftemangel.

150 Europas Energie vernetzen

151 Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der nationalen
152 Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng miteinander
153 verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Doch die
154 geplante

154 Gaspipeline Nord Stream 2 durch die Ostsee, die von Russland und der deutschen
155 Bundesregierung vorangetrieben wird und die osteuropäischen und baltischen Staaten nicht
156 miteinbezieht, konterkariert dieses Ziel und widerspricht dabei auch der gemeinsamen
157 europäischen Energieunion. Zudem ist Nord Stream 2 – wie auch neue Pipeline- und Fracking-

158 Projekte in anderen Ländern – klimapolitisch falsch, stellt die europäische Solidarität in
159 Frage und ist für die Ukraine politisch desaströs. Deshalb muss es gestoppt werden. Wir
160 brauchen nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und Energieeffizienz.

161 Europa muss zusammenwachsen, auch im Strombereich. Mit einem gesamteuropäischen
Stromverbund
162 stärken wir die Versorgungssicherheit, indem Angebot und Nachfrage auf eine breitere Basis
163 gestellt werden. Damit schaffen wir ein gemeinsames Netz für ganz Europa und verbinden
164 Lissabon mit Helsinki. Wir beugen auch Lieferengpässen vor und sorgen für mehr
165 Unabhängigkeit.

166 Für Europa brauchen wir dringend ein intelligentes Stromnetz, das sowohl die erneuerbaren
167 Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet als auch über flexibel steuerbaren
168 Stromverbrauch clever das zunehmend erneuerbare Stromangebot vernetzt. Dafür wollen wir
eine
169 echte europäische Energienetzgesellschaft.

170 Nötig sind europäische Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen, die
171 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Dieses Prinzip muss Leitschnur für
172 die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die Erzeugungspotenziale
173 in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und dezentralen
174 Strukturen.

175 Risikotechnologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), also die Einlagerung von
176 CO₂ in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von Erdgas und Erdöl durch Fracking
177 lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und Umwelt ab.

178 Union für Energie- und Ressourceneffizienz

179 Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare schaffen Arbeitsplätze und reduzieren die
180 Kosten für die Verbraucher*innen. Wir wollen den Umstieg privater Verbraucher*innen auf
181 Geräte mit geringerem Energieverbrauch fördern sowie kleinen Unternehmen eine günstigere
182 Grundversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Die vom EU-Parlament und Rat
geschaffene
183 Ökodesign-Richtlinie legt für verschiedene Produktgruppen ökologische Mindeststandards fest.
184 Das ist richtig, reicht aber lange noch nicht aus. Wir wollen für weitere Produkte
185 ökologische Mindeststandards festlegen. So können wir ökologische Innovationen,
186 beispielsweise im Bereich Verkehr, fördern. Schlüssel für weniger Energieverbrauch sind der
187 Bereich Bauen und Wohnen und der Umstieg auf eine energieeffiziente Elektromobilität.

188 Wir wollen einen Wettbewerb um die ökologischste Produktionsweise entfachen. Die Ökodesign-
189 Richtlinie muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern und fordern. Auch wollen wir
190 erreichen, dass die jeweils ressourcenschonendste Produktionsweise nach einiger Zeit zum
191 Standard erklärt wird, den dann alle einhalten müssen. Die Ökodesign-Richtlinie hat das
192 Potenzial, 90 Milliarden Euro pro Jahr an Energie- und Materialkosten einzusparen und 1
193 Million Jobs zu schaffen. Insgesamt können wir mit einer ressourcenschonenden
194 Wirtschaftsweise bis zu 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa schaffen.

195 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 196 • einen europaweiten Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom,
- 197 • Investitionen in intelligente Stromnetze und einen transeuropäischen Netzausbau,
- 198 • einen vernünftigen Preis für CO₂,
- 199 • ein Programm, das Arbeitnehmer*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützt.

200 **1.2 Europa verbinden mit grüner Mobilität**

201 Europa lebt vom grenzüberschreitenden Austausch. Reisen, leben, lieben und arbeiten jenseits
202 nationaler Grenzen ist selbstverständlich geworden. Wir wollen ein Verkehrssystem in Europa
203 aufbauen, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere
204 Lebensqualität steigert. Steigende CO₂-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide und
205 Feinstaub schädigen massiv die Gesundheit, und Staus auf zahlreichen Straßen rauben uns die
206 Zeit. Gleichzeitig fehlt in ländlichen Regionen ein flächendeckender Nahverkehr, sind Züge
207 unzuverlässig und Radwege oftmals in schlechtem Zustand. Das wollen wir ändern. Wir
möchten

208 in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle nutzbar ist und
209 Umwelt und Gesundheit schützt. Das bedeutet: weniger, aber dafür saubere und leise Autos,
210 mehr Car- und Bikesharing, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote und eine bessere Vernetzung
211 unterschiedlicher Verkehrsträger in der Stadt und auf dem Land. Mittelfristig wollen wir
212 autofreie Innenstädte schaffen.

213 Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt Milliarden in
214 den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert
215 werden. Wir wollen, dass auch der Verkehrssektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet.
216 Dazu fordern wir die Einführung eines CO₂-Preises auf fossile Treibstoffe wie Benzin und
217 Erdgas, damit saubere Antriebe im Verhältnis günstiger werden.

218 Auch den Fahrradverkehr wollen wir ausbauen. Mittlerweile gibt es 14 europäische
219 Fernradwege, die Euro-Velo-Routen. Diese wollen wir ausbauen, um den grenzüberschreitenden
220 Fahrradverkehr zu fördern.

221 Ein europäisches Schienennetz knüpfen

222 Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, wollen wir, dass Europa auf der Schiene
223 zusammenwächst. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart 21, mit
224 wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt für
225 bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische Eisenbahnnetz ist
noch

226 immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Wir wollen das
227 ändern. Das 2016 erstmals aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein grüner
228 Erfolg, der deutliche Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die
229 Nachfrage das Programm überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der Mittel.
Damit

230 schaffen wir mit wenig Aufwand einen besseren grenzüberschreitenden Schienenverkehr. Davon

231 profitieren gerade die Menschen, die alltäglich darauf angewiesen sind.

232 Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im
233 Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet nicht nur
234 Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Deshalb müssen die
235 unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Ein
236 gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und
Bahnsteighöhen
237 bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr Personen-
238 und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Das schont das Klima und senkt die Belastung
239 durch Lärm und Schadstoffe. Wir brauchen massive Investitionen in transnationalen Güter- und
240 Personenverkehr. Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen
allen
241 Metropolen und einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein.

242 Weltmarktführer für saubere Autos

243 Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss Europa den Wandel in der Autoindustrie
244 anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und Digitalkonzerne aus den USA
245 und China fordern die europäischen Hersteller heraus. Nur wer die saubersten, bequemsten und
246 intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann internationaler Marktführer bleiben.
247 Dabei geht es um unglaublich viel: Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Klima- und
248 Gesundheitsschutz – um nur einige wenige Aspekte zu nennen.

249 Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die CO₂-
250 Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Tricksereien vertuschen und strengere Abgastests
251 blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen Bärendienst
252 erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom fossilen
253 Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte europäische
254 CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur und eine
255 europaweite Quote für abgasfreie Neuwagen, damit ab 2030 möglichst nur noch abgasfreie
Autos
256 neu zugelassen werden. Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende
257 der Steuerprivilegien bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion
258 sowie die Produktion von Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto
259 Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Auch beim ÖPNV wollen wir die
260 Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie Busse
261 produziert werden.

262 In einem neuen umfassenden Mobilitätssystem wird das Auto vernetzt mit Bus, Bahn, Fahrrad
263 und Fußverkehr. Über Carsharing teilen sich Menschen Autos. Hinzu kommen neue
Entwicklungen
264 wie die intelligente Verkehrssteuerung und autonome Autos, die unter den richtigen
265 Rahmenbedingungen mehr Klimaschutz, Sicherheit und Effizienz schaffen können. Wir wollen
die
266 digitale, emissionsfreie Mobilität stärken und damit unsere Lebensqualität erhöhen. Dazu
267 wollen wir auf europäischer Ebene einen Förderwettbewerb für Städte starten, die den
268 Autoverkehr verringern und Carsharing, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr gezielt ausbauen.

269 Umsteuern bei Flugverkehr und Schifffahrt

270 Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs bringen.
271 Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für klare Klimaziele für die
272 Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen daher auf eine einheitliche europäische
273 Regelung, die emissionsarme Kraftstoffe wie Wasserstoff aus erneuerbaren Energien in der
274 Schifffahrts- und Flugindustrie fördert. Landstromanschlüsse für Kreuzfahrt-, Container- und
275 Frachtschiffe sollen europaweit verbindlich werden.

276 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als
277 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell verboten
werden.

278 Wir wollen darüber hinaus eine europaweite Abgabe für Kreuzfahrtschiffe einführen, ähnlich
279 der Flugverkehrsabgabe bzw. Kerosinsteuer. Derzeit sind Kreuzfahrtreisen nahezu von allen
280 Steuern ausgenommen, der Schiffstreibstoff steht den Reedern ebenfalls steuerfrei zur
281 Verfügung. Diese Ungleichbehandlung wollen wir abschaffen.

282 Auch im Luftverkehr kommt es darauf an, die unfairen Wettbewerbsvorteile abzuschaffen.
283 Internationale Flüge unterliegen weiter keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht
284 besteuert. Das wollen wir ändern. Zudem muss der internationale Flugverkehr endlich in den
285 europäischen Emissionshandel einbezogen werden, um seinen Beitrag zum Schutz der
Atmosphäre
286 beizutragen.

287 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 288 • Vorfahrt für die Schiene,
- 289 • die Förderung sauberer Autos und zukunftsfester Arbeitsplätze,
- 290 • eine Schifffahrt ohne Schweröl,
- 291 • ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.

292 **1.3 Ressourcenschonende Wirtschaftsdynamik entfachen**

293 Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, seine Wirtschaft ökologisch und sozial
294 umzugestalten. In Politik und Wirtschaft gibt es viele, die sich offenbar vor dieser Aufgabe
295 scheuen und sie weiter vor sich herschieben wollen. Damit werden die Probleme aber größer.
296 Wir Grünen bleiben dagegen hartnäckig, wenn es darum geht, der Wirtschaft einen
ökologischen

297 und sozialen Rahmen zu setzen. Erst dieser Rahmen ermöglicht es der Wirtschaft, in einem
298 fairen Wettbewerb ihre Innovationskraft, ihre Ingenieurskunst und ihre technologischen
299 Stärken unter Beweis zu stellen. Das wollen wir unterstützen.

300 Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und CO₂-armer
301 Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die europäische
302 Wirtschaft fit für die Zukunft macht und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So vereinen
303 wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen
304 Lebensgrundlagen. Ermutigend für die Perspektive einer ökologischen Transformation unserer
305 Wirtschaft ist es, wenn sich die europäische Stahlindustrie dazu bekennt, in den nächsten
306 Jahren auf CO₂-neutrale Stahlproduktion umzuschwenken.

307 Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem atemberaubenden
308 Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die wertvolle
309 Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen Kreislaufwirtschaft
310 Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein. Digitalplattformen
311 können dabei vor allem mit Blick auf industrielle Sekundärrohstoffe eine wichtige Rolle
312 spielen. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von Elektronikschrott nicht
313 wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllkippen in der ganzen Welt exportiert werden,
314 während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert und Kosten für
Unternehmen
315 und für die Umwelt verringert werden können. Besonderes Gewicht für die Recyclingwirtschaft
316 hat auch die europäische Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die ständige Vermehrung von
317 Plastikmüll drastisch einzudämmen.

318 Geld nachhaltig anlegen und raus aus den Fossilen

319 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile Brennstoffe zu stoppen – und sind damit
320 Teil der internationalen Divestment-Bewegung. Statt aus dem Raubbau an unserem Planeten
321 Profit zu ziehen, wollen wir in den Klimaschutz finanzieren. Das ist auch finanziell
322 sinnvoll, da die internationale Energiewende dazu führen wird, dass Investitionen in Kohle,
323 Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Grüne in Ländern und Kommunen
haben es
324 vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen nachhaltig
325 ausgerichtet.

326 Der ökologische Umbau braucht massive Investitionen, die finanziert werden müssen. Heute
327 wird immer noch viel Kapital in alten fossilen Technologien angelegt. Das ist nicht nur ein
328 ökologisches Problem, sondern gefährdet auch die Stabilität der Finanzmärkte und die
329 Altersvorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit,
330 sondern in die Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen sind dazu ein Wachstumsmarkt,
331 der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.

332 Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken und eine einheitliche Klassifizierung schaffen.
333 Wir fordern eine Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt, damit Anleger
334 wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance
335 Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten Nachhaltigkeitskriterien
336 erfüllen. Außerdem wollen wir ökologische und soziale Ziele in der
337 Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein unabhängiges Siegel für
338 nachhaltige Geldanlagen einführen.

339 Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager von Gütern. Zukünftig wollen wir auch das
340 öffentliche Beschaffungswesen an verbindliche ökologische, soziale und Fairtrade-Kriterien
341 knüpfen. Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für Unternehmen, die ökologisch und
342 sozial wirtschaften. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften wollen wir
343 abschaffen.

344 Wir wollen die Mittel des Zukunftsfonds im EU-Haushalt für die soziale und ökologische
345 Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur nutzen und vor allem kleinen
346 und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk den Zugang zu europäischen
Förderprogrammen für
347 energie- und ressourceneffiziente Produktion erleichtern.

348 Wirtschaftspolitik richtet sich oft nur an profitorientierten Unternehmen aus. Dabei werden
349 Chancen vertan, die Genossenschaften und soziale Unternehmen bieten. Wir wollen eine
350 Strategie der EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die
351 Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden. Unternehmen
mit
352 Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei
353 öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

354 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 355 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment),
- 356 • ein nachhaltiges Finanzsystem und ökologisch transparente Geldanlagen,
- 357 • eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie.

358 **1.4 Natur und Umwelt schützen**

359 Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften bilden unsere
360 Lebensgrundlagen. Aber diese sind bedroht. Der ehemals große Reichtum an Tieren, Pflanzen
361 und Lebensräumen schwindet täglich. Lebensräume gehen verloren, Arten sterben aus. Auf den

362 Wiesen und in den Wäldern wird es stiller, es brummt, summt und zwitschert immer weniger:
363 Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert, die Anzahl
364 von Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 % zurückgegangen. Rund ein Drittel der bei uns
365 heimischen Arten sind bedroht, darunter viele Bienen. Auch in anderen europäischen Ländern
366 sieht die Situation nicht viel besser aus.

367 Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu stoppen.
368 Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo sie
369 bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete verteidigen,

370 verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern.

371 Die EU, und damit ihre Mitgliedstaaten, hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen
372 verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020
373 aufzuhalten – und wird diese Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Wir fordern daher,
374 umgehend eine ambitionierte europäische Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für
375 den Zeitraum nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm zu
376 erarbeiten. Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue
377 Leitprinzipien verankern.

378 In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die im Bereich der Umwelt-
379 und Naturschutzgesetzgebung Druck gemacht hat. Und es waren die nationalen Regierungen,
die

380 sie verwässert oder nicht erfüllt haben. Dann sanktioniert die EU: Um einen der letzten
381 intakten Urwälder in Europa zu retten, hat der Europäische Gerichtshof die polnische
382 Regierung durch Androhung von Strafzahlungen gezwungen, die Abholzung des Białowieża-
Waldes

383 zu stoppen. Ebenso hat die EU Deutschland aufgrund der zu hohen Nitratwerte in unserem
384 Wasser verurteilt.

385 Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss von der EU-
386 Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf allen
Ebenen

387 personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-Kommission ihre
388 Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße gegen das
389 europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden.

390 Umweltschädliche Subventionen wollen wir abbauen und den Naturschutz besser finanzieren.
391 Außerdem wollen wir transeuropäische grüne Korridore für Biotop vorantreiben. Um
392 Lebensgrundlagen in der EU zu erhalten, braucht es eine intakte Natur. Dafür fördern wir
393 mehr Wildnisflächen: Möglichst bis 2030 wollen wir die Wildnisflächen in Europa verdoppeln.
394 Dafür muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und sein beschlossenes Ziel von 2 %
395 Wildnis bis 2020 umsetzen. Doch all das bringt uns nur voran, wenn wir das mit einer
396 Agrarwende, weniger Pestiziden auf den Feldern und mehr ökologischem Landbau verbinden.

397 Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen, damit
398 der Umweltschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt wird. Wir wollen die
399 Entscheidungsprozesse demokratisieren, indem wir die Bürgerbeteiligung stärken und
400 Lobbyismus regulieren.

401 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 402 • den Schutz einzigartiger Kulturlandschaften und Urwälder in Europa,
- 403 • grenzüberschreitende Biotop,
- 404 • eine bessere Naturschutzfinanzierung,
- 405 • ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen

406 **1.5 Die Landwirtschaft so verändern, dass sie unsere Lebensgrundlagen bewahrt**

407 Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regional verankerte, bäuerliche
408 Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt. Wir
409 wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und
410 Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den europäischen Zielen in der Klima-, Umwelt-,
411 Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen Kulturlandschaften
412 in Europa und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten. Deswegen
413 streiten wir für die europäische Agrarwende: für den Aufbau einer nachhaltigen
414 Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert als auch hohen Umwelt-
und

415 Tierschutzstandards genügt und faire Preise für die Landwirt*innen erzielt.

416 Zusammen mit Landwirt*innen und Umweltverbänden haben wir schon viel erreicht: Immer
mehr

417 Verbraucher*innen in der EU wollen gesunde, ökologisch und regional produzierte
418 Lebensmittel. Daher ist Bio-Landbau längst ein fester Bestandteil der europäischen
419 Landwirtschaft geworden. Genauso setzen sich immer mehr Menschen in der EU mit uns für
420 bessere Tierhaltung und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft ein, wie zuletzt die
421 europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat gezeigt hat. Doch der Handlungsdruck bleibt
422 groß.

423 Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit fruchtbare
424 Böden

425 verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist ungemindert hoch
426 und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine der
427 Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des Ausstoßes
428 klimaschädlicher Gase und damit mit für die Erderhitzung verantwortlich.

428 Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die europäische
429 Landwirtschaft zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und
430 Tierwohl steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die europäische
431 Agrarpolitik sollte dazu beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa
432 nicht die natürlichen Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in sich
433 entwickelnden Ländern zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte
434 Afrikas, Asiens und Lateinamerikas überfluten. Vielmehr muss sie dazu beitragen, dass die
435 bäuerliche Landwirtschaft in Europa erhalten wird und die nachhaltigen Entwicklungsziele
436 erreicht werden.

437 Qualität statt Masse - Neuausrichtung der Agrarförderung

438 Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen,
439 muss sich vor allem die EU-Agrarförderpolitik grundlegend ändern. Immer noch kommt der
440 größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit denen die Landwirtschaft jährlich
441 subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben zugute und fördert so Umweltzerstörung,
442 Industrialisierung und Exportorientierung. Die Mittel belohnen zudem pauschal Bodenbesitz.

443 Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen muss Leistungen der Landwirtinnen und
444 Landwirte für das Gemeinwohl fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse oder
445 weiche“ eröffnen. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, eine artgerechte und eine
446 flächengebundene Tierhaltung würden dann gezielt unterstützt. Betriebe, die weniger oder gar
447 keine Pestizide einsetzen, unser Wasser sauber halten, würden also deutlich mehr Förderung
448 bekommen als industriell wirtschaftende Betriebe. Nur mit dem Prinzip „öffentliches Geld für
449 öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Zahlungen noch rechtfertigen.

450 Die Vorgaben für diese Leistungen müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die
451 Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für jedwede
452 Förderung ist das Einhalten von Umweltstandards, die ebenfalls für alle Mitgliedstaaten auf
453 EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern wir einen 15 Milliarden Euro
454 schweren Naturschutzfonds.

455 Landspekulationen und Aufkauf von Land eindämmen

456 Landgrabbing, das heißt das Aufkaufen von landwirtschaftlichen Flächen als
457 Investitionsobjekten durch Kapitalanleger und Staaten, sowie eine verzerrende
458 Strukturpolitik bedrohen die vielfältige, solide und nachhaltige bäuerliche
459 Landwirtschaftsstruktur, auch in Europa.

460 Bäuerliche Betriebe sollen vor Agrarkonzernen und Bodenspekulation geschützt werden, etwa
461 durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahungen pro Nutznießer (und nicht nur pro
462 Tochterunternehmen), mehr Geld für die ersten Hektare, um kleine und mittlere Betriebe zu
463 unterstützen, Einstiegserleichterungen für Neugründungen, Transparenz der
464 Eigentumsverhältnisse, Monitoring der Preise und des Zustands des Bodens durch eine

465 europäische Beobachtungsstelle. Landwirtschaftlicher Boden ist ein öffentliches Gut und muss
466 vor Spekulationen geschützt werden.

467 Trinkwasser und Gewässer schützen

468 Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem Wasser ist
469 ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen ordentlichen
Zugang

470 zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Klimaerhitzung verschärft diese Situation. In
471 südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu einem immer
472 knapperen Gut. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und verschmutzt
473 Wasser zu leichtfertig. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern, gründete
474 sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an unterstützt
475 haben. Knapp 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 13 EU-Mitgliedstaaten trugen diese

476 erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Wir werden uns weiterhin jedem Versuch
477 entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für internationale
478 Unternehmen zu machen.

479 Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten ökologischen
480 Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie garantieren
481 Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen Europas noch meilenweit entfernt.
482 Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

483 ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden konkretisieren. Außerdem wollen wir den
484 Antibiotikaeinsatz, eine Gülleüberproduktion und den Einsatz gefährlicher Pestizide in der
485 Landwirtschaft weiter zurückdrängen.

486 Insekten- und Vogelsterben aufhalten – Glyphosat vom Acker!

487 Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige
488 Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung, Monokulturen,
489 intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren.

490 Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die
491 giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonicotinoide, denn sie schaden
492 unseren Insekten und Bienen massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen wir uns
493 weiterhin mit aller Kraft ein – und machen Druck auf die Bundesregierung, die schon einmal
494 auf europäischer Ebene für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt hat. Die
495 Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten Vorsorgeprinzips
496 reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen. Es braucht
497 dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.

498 Fischbestände schützen

499 Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik, die dafür sorgt, dass unsere
500 Meere geschützt und Fischarten nicht überfischt werden. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung
501 von Fischbeständen gibt der Fischerei eine Zukunft. Um der katastrophalen Plünderung der
502 Meere und der Fischbestände Einhalt zu gebieten, reichen kosmetische Korrekturen der EU-
503 Fischereipolitik nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen Kriterien
504 ausgerichtet werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Die Tiefseefischerei und

505 besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich verbieten. Die EU soll
506 bestehende Meeresschutzgebiete ausweiten, neue schaffen und die Gebiete effektiv sichern.

507 Tierwohl stärken

508 Gerade angesichts der Klimakrise brauchen wir eine Abkehr von den großen Tierbeständen.
509 Neben den ökologischen Problemen wird schlicht die Futtergrundlage zu knapp. Deshalb sollten
510 alle Förderungen daran gekoppelt werden, dass die Anzahl der Tiere pro Fläche begrenzt wird.
511 Ein Betrieb sollte also nur so viele Tiere haben, wie er mit dem Ertrag seiner Flächen
512 grundsätzlich ernähren kann.

513 Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten Preise und reduzieren so die
514 Tierschutzstandards. Wir wollen hingegen, dass die EU alle Tiere durch neue Gesetzgebung und
515 ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen schützt.

516 Je weniger Tiertransporte, desto besser für die Tiere. Falls Transporte nicht vermieden
517 werden können, müssen sie so unstrapaziös wie möglich sein. Daher fordern wir, dass Tiere
518 verpflichtend zu einem nahe gelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu dem,
519 der
520 am billigsten arbeitet. Tiertransporte für Schlachttiere wollen wir auf maximal vier Stunden
521 begrenzen. Wir wollen regionale Schlachtstätten und mobile Schlachteinrichtungen fördern
522 sowie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine Infrastruktur
523 für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen.

524 Exporte lebender Schlachttiere in Länder außerhalb der EU sowie jede Form von Klonen und
525 Qualzucht wollen wir verbieten. Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent
526 umgesetzt und auf weitere Produkte ausgeweitet werden. Zusätzlich benötigen wir eine
527 Förderung für die Erforschung von Alternativen. Auch Straßentiere müssen in Europa ein
528 würdiges Leben haben. Wir fordern ein Ende der Tötung von streunenden Katzen und Hunden.
529 Stattdessen müssen öffentliche und private Maßnahmen der Geburtenkontrolle, etwa die
530 Kastration, gestärkt werden.

531 Wildtiere wollen wir besonders schützen. Hierfür sind internationale Arten- und
532 Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen. Wir wollen illegalen Wildtierhandel in Europa
533 bekämpfen und den Import von Wildfängen in die EU verbieten.

534 Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken – Gentechnik konsequent regulieren

535 Eine andere Landwirtschaft bedeutet auch anders anzubauen – gerade im Lichte der
536 Klimaauswirkungen. Das Potenzial verschiedenster Anbaumethoden, robuste landwirtschaftliche
537 Ökosysteme zu bilden – über Push-and-Pull-Techniken und Permakultur bis zu
538 Agroforstsystemen –, ist riesig, ebenso wie das Potenzial ökologischer Anbautechniken,
539 widerstandsfähig gegenüber Krankheiten, Trockenheit, Versalzung, Vernässung zu sein. Dieses
540 Potenzial ist aber in Europa nur in Ansätzen erforscht. Wir fordern daher eine deutlich
541 stärkere Forschungsförderung in diesem Bereich. Denn aktuell werden agrarökologische
542 Methoden – zu denen auch der zertifizierte Ökolandbau gehört – in Europa und weltweit nur
543 mit einem Bruchteil der finanziellen Mittel erforscht und weiterentwickelt, die
544 konventionelle und gentechnische Ansätze erhalten.

544 Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren die Agrogentechnik ab, anders als Gentechnik im
545 medizinischen Bereich und bei der industriellen Produktion. Die großen Probleme, die Länder
546 wie die USA oder Argentinien als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – wie ein massiver
547 Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher
548 Vielfalt, die große Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte
549 Verbraucherefreiheit –, unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist.

550 Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip entsprechend der Entscheidung des EUGH
551 auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik europaweit angewandt wird. Weil
552 gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass keine
553 Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten. Ob die Probleme, die es bei der
554 herkömmlichen Gentechnik gibt, bei neuen gentechnischen Verfahren wie CRISPR/Cas zum
Tragen
555 kommen, muss in jedem einzelnen Zulassungsverfahren im Sinne des europäischen
556 Vorsorgeprinzips geklärt werden.

557 Der Einsatz von Gentechnik ist aber nicht nur eine Frage der gesetzlichen Zulassung, sondern
558 vielmehr eine Frage der Ethik und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb muss der weitere
559 Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren breit gesellschaftlich diskutiert werden.

560 In diesem Zusammenhang halten wir es auch grundsätzlich für höchst problematisch, dass bei
561 der finalen Zulassung einzelner Konstrukte der Ständige Ausschuss und die Mitgliedstaaten
562 ohne das Europäische Parlament entscheiden. Das können wir so nicht akzeptieren. Wir Grünen
563 werden uns dafür einsetzen, dass das Parlament bei dieser Entscheidung angemessen beteiligt
564 und gehört wird.

565 Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die mit
566 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche gekennzeichnet
567 werden.

568 Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Landbaus ist ein
569 Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur gesamtschuldnerischen
570 Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten und Aufwand, der für den
571 konventionellen, gentechnikfreien und ökologischen Landbau entsteht, den Nutzern von Sorten,
572 die mit neuer Gentechnik hergestellt wurden, angerechnet werden.

573 Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben – Klonen, nein danke!

574 Das zentrale Problem beim Herumexperimentieren am Saatgut ist dessen Patentierbarkeit. Sie
575 führt zu immer größeren Monopolen der Agrarkonzerne. Landwirte werden damit abhängig
576 gemacht, gerade in den Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass
577 Pestizide bei gentechnisch veränderten Pflanzen häufig eingesetzt werden und die
578 Wahlfreiheit der Verbraucher*innen unterlaufen wird.

579 Der entscheidende Kampf ist daher der um ein Verbot von Patenten auf Saatgut und Leben
580 insgesamt. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben. Das Recht
581 auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und auf Tiere
582 geben.

583 Zugleich fordern wir ein dauerhaftes Verbot des Klonens in der EU. Den Import von Klonen
584 sowie von Produkten von deren Nachkommen lehnen wir ab. Es kann nicht sein, dass Milch und

585 Fleisch von Nachkommen von Klontieren ungekennzeichnet auf den europäischen Markt
586 kommen.

586 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 587 • eine Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an ökologischen Kriterien,
- 588 • sauberes Wasser in ganz Europa,
- 589 • ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden,
- 590 • eine EU-Fischereipolitik, die unsere Fischbestände erhält,
- 591 • konsequente Regulierung und Transparenz bei Gentechnik ein Verbot von Patenten auf
- 592 Saatgut, Pflanzen und Tiere.

593 **1.6 Europa vom Plastikmüll befreien**

594 Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen
595 Fischbestand und einer Natur ohne Müll. Die Realität sieht bedrückend anders aus: In den
596 Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Auch unsere Flüsse und
597 Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal umsteuern, wird
598 es 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik sogar in
599 der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort nahezu keine Menschen leben.

600 Ein erster Schritt dagegen ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und
601 Pflegeprodukten. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann
602 möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein. Mikroplastik wurde schon in Salz,
603 Bier und Mineralwasser nachgewiesen. Welche giftigen Plastikzusätze wir dadurch zu uns
604 nehmen, weiß bisher niemand genau. Auch für das Klima ist Mikroplastik schlecht. Denn durch
605 den Zerfall in immer kleinere Partikel wird Methan freigesetzt – das wiederum zur Erhitzung
606 unserer Erde beiträgt.

607 Plastikflut eindämmen

608 Das Importverbot für Plastikmüll, das China Anfang 2018 verhängt hat, beweist, welch
609 riesiges Problem wir haben. Allein aus Europa importierte China rund 1,5 Millionen Tonnen
610 Plastikmüll pro Jahr. Seither müssen die Mitgliedstaaten ihre Müllberge selbst in die Hand
611 nehmen.

612 Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle Minderungsziele für

613 Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren Verpackungsabfall in
614 der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin deponiert
615 wird. Das wollen wir ändern. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten
616 Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder kosteneffizient
617 recycelt werden können.

618 Plastik ist nicht per se schlecht. Für viele Einsatzgebiete, etwa in der Medizin, ist
619 Plastik ein wichtiger und sinnvoller Werkstoff. Problematisch ist die zunehmende Verwendung
620 von Plastik für Einweg- und Wegwerfprodukte. Denn als langlebiges Produkt darf Plastik nicht
621 in erster Linie für wenige Minuten verwendet werden, wie das beispielsweise bei Trinkhalmen
622 der Fall ist. Da, wo es Alternativen gibt, müssen sie auch genutzt werden. Die Europäische
623 Kommission hat dieses Problem in ihrer Plastikstrategie aufgegriffen und unter anderem ein

624 Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Wattestäbchen, Plastikgeschirr und auch
625 Trinkhalmen angestoßen. Das ist ein guter erster Ansatz, reicht jedoch noch nicht, um den
626 Massen an Einwegplastik umfangreich Einhalt zu gebieten.

627 Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche Abgabe bietet
628 den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden. Zugleich
629 kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas zur
630 Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von Plastik
631 muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung von
632 Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign eingebettet
633 werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen Materialien
634 auszubauen.

635 Recycling stärken

636 Wir wollen das Recycling von Plastik stärken. Auch hier bietet die Plastikstrategie der EU-
637 Kommission einen guten Ansatz, der jedoch erweitert werden sollte. Die Recyclingkapazitäten
638 in der EU müssen massiv ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches und
639 recyclingfreundliches Produktdesign. Die Verpackungsindustrie muss hierzu ihren Beitrag
640 leisten. Denn immer mehr Verpackungen setzen sich aus vielen unterschiedlichen Materialien
641 zusammen – was die Recyclingfähigkeit einschränkt.

642 Getränkeflaschen sind ein Alltagsprodukt aus Plastik. Doch während wir in Deutschland ein
643 funktionierendes Mehrwegsystem haben, besteht auf europäischer Ebene noch
Handlungsbedarf.

644 Qualitativ hochwertige Plastikflaschen können rund 40 Mal wieder befüllt werden. Das ist
645 wesentlich ökologischer als Einmalflaschen, die direkt in den Müll wandern. Unser Ziel ist
646 eine Mehrwegquote in der EU. Deutschland, Österreich und Portugal sind hier schon sehr viel
647 weiter als andere Mitgliedstaaten. Daher muss eine solche Quote zunächst gestaffelt
648 aufgebaut werden, um allen die gleichen Chancen zu geben. Für Einweggetränkeflaschen
649 brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese Wegwerfprodukte
650 vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere.

651 Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild sein.
652 Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention unter
653 dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schließlich kennt Plastikmüll keine Grenzen.

654 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 655 • ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten,
- 656 • eine europäische Plastiksteuer,
- 657 • verbindliche Mehrwegquoten,
- 658 • ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen.